

Wende im Streit um Zukunft

der „Amalie“?

Auch die SPD ist jetzt für

Erhalt der Seniorenresidenz

VON KLAUS STAEUBERT



Die umstrittene Seniorenwohnanlage „Amalie“.
Foto: André Kempner

Im Streit um die Zukunft der Paunsdorfer Seniorenwohnanlage „Amalie“ deutet sich eine Wende an. Wie zuvor schon CDU und AfD hält jetzt auch die SPD-Ratsfraktion eine Sicherung des Standortes in der Schongauer Straße für möglich.

Auf der morgigen Ratsversammlung lassen die beiden Stadträte Jens Lehmann (CDU) und Carola Lange (Linke) erneut namentlich über eine Änderung des mehr als 20 Jahre alten Bebauungsplanes abstimmen. Schon seit Ende der 1990er-Jahre wohnen in dem einst als so genanntes Boardinghouse geplanten Komplex Senioren. Das Rathaus will von dieser Nutzung erst vor einigen Jahren erfahren haben, hatte den Seniorenwohnstandort allerdings mehrmals in eigenen Broschüren beworben und sogar Ein-Euro-Jobber dorthin vermittelt. Gleichwohl ist planungsrechtlich an dem Standort kein Dauerwohnen vorgesehen. Deshalb hatte Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau (parteilos) die Bewohner zum Auszug aufgefordert, die Durchsetzung jedoch bis zu einer juristischen Klärung ausgesetzt (die LVZ berichtete).

Lehmann und Lange fordern daher, den aktuellen Nutzungszweck im Bebauungsplan festzuschreiben. „Eine Änderung des B-Planes ist ohne Weiteres städtebaulich vertretbar, da entsprechend Flächennutzungsplan ein Wohngebiet direkt anliegt“, erklären sie. Außerdem gehe es nur um 0,3 Prozent des 48,5 Hektar großen Gebietes. „Wir wollen für die 130 Senioren mit einem Durchschnittsalter von 85 Jahren Rechtssicherheit herstellen.“ Es sei den Bewohnern nicht zuzumuten, sich eine neue Bleibe zu suchen. Sie hätten es nicht verdient, der „Prügelknabe für das Fehlverhalten der Verwaltung“ zu sein.

Dubrau lehnt eine Änderung des Bebauungsplanes ab. Sie fürchtet, dass Gewerbetreibenden im Umfeld dadurch Einschränkungen drohten. Im Mai 2016 hatte der Stadtrat schon einmal namentlich über eine B-Plan-Änderung abgestimmt und diese mit hauchdünner Mehrheit abgelehnt.

Nun ist jedoch die SPD bereit, zuzustimmen – unter der Voraussetzung, dass dadurch „keine Schadenersatzansprüche von derzeitigen und künftigen Nutzern der angrenzenden Gewerbegrundstücke an die Stadt Leipzig gestellt werden“.

Amalie-Anwalt Wolfram Müller-Wiesenhaken hat damit kein Problem: „Wir sind bereit“, sagte er gestern, „die Stadt Leipzig von etwaigen Entschädigungsansprüchen Dritter aufgrund der B-Plan-Änderung freizustellen. Wir gehen nicht davon aus, dass derartige Ansprüche überhaupt entstehen.“